

SITZUNG VOM 3. Juli 2000

PROTOKOLLder 20. Sitzung
Doppelsitzung

Datum: Montag, 3. Juli 2000

Zeit: 18.00 bis 23.25 Uhr

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Ratspräsidentin Pia Bättig

Protokoll: Roger Würsch

Anwesend: 33 Mitglieder

Abwesend: Heinrich Eberhard (Auslandaufenthalt)
Marion Feurer (Ferien)
Franziska Schwaighofer (Ferien)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 19. Sitzung vom 5. Juni 2000
3. Postulat der GPK "Erhöhung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung" - Überweisung
4. Interpellation Daniel Trachsler (NIO) "Beteiligung an der Flughafen AG" - Beantwortung
5. Gebiet Oberhauserriet - Revision der Lärm-Empfindlichkeitsstufe II auf III, Festsetzung
6. Abnahme des Geschäftsberichtes 1999 der Stadt Opfikon
7. Bauabrechnung von Fr. 2'763'514.30 für die energetische Sanierung des Stadthauses
8. Gemeindeorganisation - Totalrevision der Gemeindeordnung



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

1. Mitteilungen

1.1 Ratsausflug

V 4.3.1

Ratspräsidentin Pia Bättig gibt bekannt, dass der Ratsausflug 2000 am Freitag, 15. September 2000 stattfinden wird. Die Einladung folgt.

2. Protokoll der 19. Sitzung vom 5. Juni 2000

Das vorliegende Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Postulat der GPK "Erhöhung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung" - ÜberweisungF 6.3.2

Jörg Mäder, Sprecher der GPK, erklärt, dass die Zahlen, welche in der schriftlichen Zusammenfassung der Begründung vorliegen (und an der Sitzung nicht so genannt wurden) nicht verbindlich sind, sondern lediglich einen Ansatz darstellen. Es liegt am Stadtrat, nach den getätigten Abklärungen einen ausgewogenen Bericht und Antrag an den Gemeinderat zu stellen.

Priska Brühlhart (NIO) empfindet die Formulierung als einen Schlag ins Gesicht aller Mütter. Der Grundtenor lautet: "Die sollen zuhause bleiben". Diskussionen in der Fraktion haben ihr jedoch aufgezeigt, dass die Formulierung nicht als verbindlich erachtet werde. Die genannten Zahlen sind jenseits von Gut und Böse. Priska Brühlhart erwähnt ein Tagi-Artikel über ein Arbeitspapier der FDP-Frauen, welches Tagesstrukturen für Kinder fordert, damit die Frauen - als Wirtschaftsfaktor - ihre gute Ausbildung zur Verfügung stellen können. Die GPK-Opfikon arbeitet eher in eine andere Richtung.

GPK-Präsident Bruno Maurer ist der Ansicht, dass die Form des Postulates in Ordnung ist. Der Text ist sehr unverbindlich. Es soll aber durchaus so sein, dass über die "Zahlstelle" dieser Angebote diskutiert werden kann. Der Stadtrat ist nun gefordert.

Luzia Höchli (SP) schmerzt die Begründung und auch die genannten Summen sehr. Die Konsequents daraus wird, dass viele Kinder überhaupt nicht mehr betreut werden, dies ist ein mittelalterlicher Weg. Für Luzia Höchli ist der Text verbindlich, daher kann sie einer Überweisung nicht zustimmen. Sie stellt (zusammen mit Priska Brühlhart; NIO) den Antrag, *das Postulat nicht zu überweisen*.



SITZUNG VOM

3 Juli 2000

Valentin Perego (FDP) sieht im Postulatstext lediglich einen Ansatz. Grundsätzlich ist er klar der Ansicht, dass eine zu starke Subventionierung der Betreuungsangebote äusserst unfair denen gegenüber ist, welche die Kinder selber zuhause erziehen. Diese können die Erziehung nirgends subventionieren lassen. Die Diskussion über die Richtwerte soll und kann gemacht werden.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 24:6 Stimmen überwiesen.

3. Postulat der GPK "Erhöhung der Elternbeiträge für Kinderbetreuung" - Überweisung F 6.3.2
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf die heutige Diskussion -

BESCHLIESST:

1. Das Postulat wird an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat dem Gemeinderat innert 12 Monaten zu berichten, ob und in welcher Weise dem Postulat entsprochen wird.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Sozialvorstand
 - Sozialabteilung
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

4. **Interpellation Daniel Trachsler (NIO) "Beteiligung an der Flughafen AG" - Beantwortung** F 4.3.1
-

Der Interpellant Daniel Trachsler dankt für die fristgerechte Antwort. Er und die NIO begrüßen, dass der Stadtrat Aktien der Flughafen AG gekauft hat und sich somit eine Mitsprache ermöglichte. Für eine Mitbestimmung ist der Anteil jedoch zu klein. Auch der fehlende Wille zur Institutionalierung der "Mitbestimmungskraft kleinerer Aktionäre" fehlt. Ein weiterer Zukauf von Aktien ist nicht vorgesehen. Dies hat Vor- und Nachteile. Die Zukunft wird zeigen, welche überwiegen. Im Weiteren stellt Daniel Trachsler fest, dass das Informationsbedürfnis in diesem Bereich gross ist und er hofft und erwartet, dass der Stadtrat diesem Bedürfnis regelmässig und umfassend nachkommt.

Eine Diskussion wird nicht beantragt, die Interpellation ist somit erledigt.

5. **Gebiet Oberhauserriet - Revision der Lärm-Empfindlichkeitsstufe II auf III, Festsetzung** B 1.5.2
-

GPK-Präsident Bruno Maurer erklärt, dass diese Revision auf Vorschlag des Kantons erfolgt. Ohne diese Änderung kann eine Erschliessung des Gebiets nicht erfolgen. Die Sonderbauvorschriften für das Gebiet gelten weiterhin. Das Oberhauserriet bleibt nach wie vor ein relativ wenig belärmtes Gebiet. Die GPK beantragt einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen.

GPK-Mitglied Hans Zolliker erwähnt, dass durch diese Änderung nicht mehr und nicht weniger Lärm entstehen wird, es wäre jedoch unverantwortbar, diese hochstehende Planung für das Oberhauserriet durch ein "Nein" zu dieser Vorlage scheitern zu lassen. Traurig ist, dass weiterhin keine verbindlichen Zusagen über Lärm limiten bestehen und die Stadt immer nur reagieren kann.

Stadtrat Walter Epli erklärt zusätzlich, dass die eingereichten Einsprachen inzwischen erledigt sind. Der Stadtrat hat beim Regierungsrat eine Ausnahmegewilligung beantragt. Diesem Antrag wurde leider nicht zugestimmt, so dass nur noch dieser Weg offen bleibt.

Luzia Höchli (SP) erkundigt sich, ob die Lärmgrenzwerte, welche am 1. Mai bekanntgegeben wurden, diese Revision überhaupt noch nötig machen; was passiert, wenn dieser Revision nicht zugestimmt wird; und ob eine Verweigerung der Baubewilligung durch den Regierungsrat nicht einer formellen Entgegnung gleichkommt, welche entschädigt werden müsste?



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Laut Bauvorstand Walter Epli ist diese Revision für das nördliche Gebiet weiterhin knapp nötig. Der Regierungsrat stellt sich hinter den Standpunkt, dass keine Einzonungen bewilligt werden, wo Planungswerte überschritten sind. Bei einer Ablehnung der Revision wird keine Einzonung möglich sein. Einer formellen Enteignung käme dies nicht gleich, die Planung müsste neu aufgerollt werden. Es wären keine Wohnbauten mehr möglich (nur noch Industrie- und Dienstleistungsbauten).

Jörg Mäder (NIO) empfindet, dass Opfikon immer mehr zum Spielball anderer wird. Es steht die grundsätzliche Frage im Raum, wohin Opfikon will und wohin es überhaupt noch kann. Er hat mit Freude vernommen, dass der Stadtrat gedenkt in Klausur zu gehen und dieses Thema ausgiebig erläutern will. Er hofft auf eine anschliessende, ausführliche Information des Stadtrates, da er sehr gespannt ist, zu welchen Schlüssen er kommt.

Dem Geschäft wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

5. Gebiet Oberhauserriet - Revision der Lärm-Empfindlichkeitsstufe II auf III, Festsetzung

B 1.5.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 18. April 2000 und der Geschäftsprüfungskommission vom 14. Juni 2000 sowie in Anwendung von § 49 Ziffer 2 lit. b bis d der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Revision der Lärm-Empfindlichkeitsstufe im Oberhauserriet gemäss Bericht datiert vom 11. April 2000 vom Büro Planpartner AG, Zürich, wird festgesetzt.
2. Sofern sich als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren Änderungen an der Vorlage als notwendig erweisen, wird der Stadtrat ermächtigt, diese in eigener Zuständigkeit vorzunehmen. Diese Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.
3. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Alle Quartierplanbeteiligte (Einschreiben, Anschrift durch Bauamt)
 - Planpartner AG, Postfach, 8030 Zürich
 - Rechtsanwalt Norbert Mattenberger, Postfach, 8033 Zürich
 - Stadtrat
 - Finanzabteilung
 - Bauamt
 - Leiter Bauamt



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

6. Abnahme des Geschäftsberichtes 1999 der Stadt Opfikon

V 4.2

Eintretensdebatte

GPK-Präsident Bruno Maurer berichtet, dass mit allen Stadträtinnen und Stadträten ein Gespräch geführt wurde. Alle Fragen (auch die aus dem Gemeinderat) wurden beantwortet und waren in der Aktenaufgabe einsehbar. Die GPK selber hatte nicht viele Fragen offen, was für die gute Informationsqualität des Stadtrates spricht. So konnte etwas Zeit aufgewendet werden, um auch über zukünftige Anliegen und Themen zu sprechen, auch diese Gespräche waren sehr positiv. Bruno Maurer dankt für die super Zusammenarbeit und beantragt Eintreten in die Detaildiskussion.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger dankt ebenfalls für die angenehme Zusammenarbeit und leitet den GPK-Dank an die Verwaltung weiter, welche die Hauptarbeit am Geschäftsbericht geleistet hat. Der Geschäftsbericht ist Vergangenheitbewältigung. Auch Jürg Leuenberger begrüsst die zukunftsgerichteten, positiven Gespräche.

Der Sprecher der FDP-Fraktion, Andreas Gadmer, beantragt ebenfalls Eintreten. Dank dem analogen Aufbau des statistischen Teils gewinnt dieser mittlerweile an Qualität. Er lässt gute, konkrete Vergleiche mit der näheren Vergangenheit zu.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen

Detailberatung**1. Gemeinderat**

Es gibt keine Wortmeldungen.

2. Präsidialabteilung

GPK-Präsident Bruno Maurer erwähnt das Thema "Personalstatistik". Diese wird mit Globalbudgets und Stellendächern unübersichtlicher. Die Stadtkanzlei hat aufgezeigt, dass sie nicht verantwortlich ist für den Inhalt und die Qualität der Rechtschreibung des Geschäftsberichts. Dies liegt in der Verantwortung der einzelnen Abteilungen.

3.1. Finanzabteilung

Der Sprecher der GPK, Jörg Mäder, weist darauf hin, dass dieser Bereich bei den Budget- und Rechnungsdebatten hauptsächlich in die Mangel genommen wird. Er hat keine Ergänzungen zum Abschied.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

3.2. Liegenschaften

Ernst Schmid, GPK-Sprecher, geht kurz auf den Kauf der Stationsstrasse 8 ein, welcher eine Mitsprache bei der Gestaltung der Umgebung des Bahnhofes Glattbrugg ermöglicht. Er stellt zudem fest, dass es bei der Stadt 3-4 Liegenschaftsverwaltungen gibt (Stadt, Schule, Altersheim, Bad). Der Sinn und Zweck dieser Verzettelung leuchtet nicht ein.

4. Bauabteilung

Der Sprecher der GPK, Valentin Perego, macht auf die Situation aufmerksam, welche uns bald erwarten wird. Der Baubeginn des Autobahndeckels erfolgt ziemlich genau in einem Jahr. Zusammen mit der Stadtbahn, der Thurgauerstrasse, der Flughafenstrasse, des Bahnhofes Glattbrugg und ordentlichen Hochbauten und Strassensanierungen wird die Situation in den nächsten 4-5 Jahren für alle Teilnehmer des motorisierten Verkehrs sehr schwierig.

5. Städtische Werke

GPK-Sprecher, Jörg Mäder erklärt, dass im letzten Jahr nichts bewegendes geschehen ist. Die Zukunftsplanung der städtischen Werke wird aber in näherer Zukunft sehr spannend werden.

6. Polizei- und Wehrabteilung

Valentin Perego, Sprecher der GPK, hat keine Ergänzungen zu seinem Abschied.

7. Gesundheits- und Umwelta Abteilung

GPK-Sprecher Hans Zolliker erwähnt, dass viele andere Faktoren neben dem Lärm und dem Fluglärm vorhanden sind. Er bedankt sich für den grossen Einsatz zur Minderung der Belastungen für Opfikon, obwohl dieser Einsatz vielfach frustrierend ist. Zudem erwähnt er, dass er durch eine persönliche Gegebenheit einen sehr positiven Eindruck über das Krankenhaus Bächli gewonnen hat.

Christiane Brenk erkundigt sich, was beim Abflugverfahren kurz-, mittel- und langfristig zu erwarten ist.

Die Ressortvorsteherin, Regula Mäder, erwähnt, dass nach dem Umbau das alte Verfahren gilt (rund 115 Abflüge pro Tag). Was nach dem Mai 2001 passiert, weiss niemand. Der runde Tisch glaubt nicht, dass bereits im Mai 2001 alles klar ist, somit bliebe das alte Betriebsreglement gültig, bis das neue in Kraft tritt.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

8. Sozialabteilung

Ernst Schmid, Sprecher der GPK, erwähnt die Grösse und die Wichtigkeit dieser Abteilung. Bei der zum Teil schwierigen und unerfreulichen Situation zeigt sich kein Schritt zur Besserung ab. Die Arbeit der Sozialabteilung ist und bleibt schwierig.

Sozialvorstand Erich Klaus erläutert anhand zweier Folien die Entwicklung beim Sozialamt Opfikon im Vergleich mit anderen Gemeinden aus dem Bezirk und dem Bezirk selber. Die Tendenzen sind überall gleich, es lässt sich jedoch feststellen, dass es verschiedene Jahres-Verschiebungen gibt. Die Zukunft ist fast nicht voraussehbar.

9. Allgemeine Abteilung / Jugend und Sport

Der Sprecher der GPK, Christian Müller, lobt die Arbeiten im Bereich der Jugendpolitik. Mit dem Leitbild, dem Jugendbeauftragten und dem neuen Jugendtreff wurden wichtige Grundlagen geschaffen.

10. Schule

Christian Müller, GPK, erwähnt den starken Wandel, dem die Schule unterstellt ist. Er bedankt sich bei den Lehrerinnen und Lehrern für ihre Leistungen zur Qualitätssicherung der Schule Opfikon. Der Ausländeranteil an der Schule beträgt zur Zeit 54,5 %. Unbefriedigend ist die Situation für die GPK im Bereich der Stellenbewilligungen. Dies wurde anlässlich der letzten Sitzung erwähnt und diskutiert.

Schulpräsident Markus Mendelin erklärt, wie wichtig eine gewisse Flexibilität im Bereich des Stellenmanagements für die Schule ist. Vor allem im Bereich der Therapien müssen zuerst Qualität und Wirkung abgeklärt und geprüft werden. Seine Interpretation von Artikel 8 Abs. 6 der Gemeindeordnung legitimiert das Vorgehen der Schulpflege.

Christian Müller, GPK, erwähnt, dass auch innerhalb bewilligter Stellen eine flexible Handhabung möglich ist. Nicht alle Stellenprozente welche bewilligt sind, müssen auch besetzt werden.

Erich Weidmann, GV, erkundigt sich nach dem Schulraum, der gemäss Geschäftsbericht für die nächsten 5 Jahre genügen sollte. Dies scheint aber - aufgrund der zur Zeit geführten Diskussionen - nicht der Fall zu sein.

Schulpräsident Markus Mendelin erklärt, dass im Geschäftsbericht klar geschrieben wird, dass der Schulraum genügt, wenn die zweckentfremdeten Regel-Klassenräume wieder zurückgeführt werden können (z.B. Hort, Deutsch für Fremdsprachige, Schulsekretariat, Stadtbibliothek). Für diese Institutionen müssen aber Ersatzräume zur Verfügung stehen.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Statistik, Stadtratsverhandlungen

Zu diesen Bereichen gibt es keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung

Der GPK-Präsident, Bruno Maurer, bedankt sich nochmals für die gute Informationspolitik und den frühen Termin, an welchem der Geschäftsbericht jeweils vorliegt. Die GPK beantragt einstimmig, den Geschäftsbericht 1999 zu genehmigen.

Der Jahresbericht 1999 wird einstimmig (33 : 0) genehmigt.

6. Abnahme des Geschäftsberichtes 1999 der Stadt Opfikon

V 4.2

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 8. Februar 2000 und der Geschäftsprüfungskommission vom 14. Juni 2000 sowie im Sinne von § 51 Ziffer 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1999 der Stadt Opfikon wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Abteilungsleiter
 - Stadtkanzlei



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

7. Bauabrechnung von Fr. 2'763'514.30 für die energetische Sanierung des Stadthauses

L 2.2.3

Ratspräsidentin Pia Bättig erklärt, dass Peter Bühler bei diesem Geschäft in den Ausstand tritt.

RPK-Sprecher Albert Steffen erklärt die Prüfungsarbeit der RPK und erwähnt speziell die Kreditunterschreitung. Diese wäre noch grösser, wenn der Stadtrat nicht noch einige zusätzliche Aufwendungen bewilligt hätte. Die Abrechnung beinhaltet eine Rückstellung von Fr. 68'000.- zu Gunsten der "Glattraumplanung". Die RPK beantragt einstimmig, diese Bauabrechnung zu genehmigen.

Liegenschaftenvorsteherin Regina Bühler dankt für die sorgfältige und gewissenhafte Prüfung. Der erwähnte Investitionsbonus ist inzwischen bereits eingetroffen.

Luzia Höchli (SP) erkundigt sich, weshalb die Bearbeitung durch die RPK beinahe ein Jahr gedauert habe.

Albert Steffen, RPK, erklärt, dass Bauabrechnungen nicht sehr dringend sind und deshalb die RPK keine besondere Eile an den Tag gelegt hat. Dies ist aber auch beim Stadtrat so, dort wurden und werden Abrechnungen bearbeitet, welche zum Teil zwei oder mehr Jahre zurückliegen.

Valentin Perego (FDP) erkundigt sich, ob es rechtens ist, eine Rückstellung für ein völlig anderes Projekt zu tätigen.

Liegenschaftenvorsteherin Regina Bühler erklärt, dass diese Rückstellung zweckgebunden ist. Der Stadtrat wollte aber die Umgebung (Parkplatz, Vorplatz) des Stadthauses nicht für viel Geld neu gestalten, wenn dies nicht mit dem Projekt "Stadtpark" abgestimmt ist. Sollte dieses Projekt abgelehnt werden, wird die Rückstellung für die Neugestaltung dieser Bereiche genutzt.

Es liegt kein anders lautender Antrag vor, die Abrechnung ist demnach unbestritten.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

7. Bauabrechnung von Fr. 2'763'514.30 für die energetische Sanierung des Stadthauses

L 2.2.3

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 24. August 1999 und der Rechnungsprüfungskommission vom 24. Mai 2000 sowie in Anwendung von § 50 Ziff. 2 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Die Bauabrechnung für die energetische Sanierung des Stadthauses Opfikon in der Höhe von Fr. 2'763'514.30 wird genehmigt.
2. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Stadtrat
 - Finanzverwaltung
 - Liegenschaftenverwaltung

Von 19.25 bis 19.55 Uhr findet eine Pause statt. Alle Anwesenden werden verpflegt.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

8. Gemeindeorganisation - Totalrevision der Gemeindeordnung

V 4.C

Ratspräsidentin Pia Bättig weist darauf hin, dass Werner Erni für dieses Geschäft seinen angestammten Platz einnehmen wird. Die Stimmzähler sind vom Büro angewiesen worden, sich der veränderten Situation anzupassen.

Eintretensdebatte

Der Präsident der Spezialkommission, Werner Erni, berichtet über die Arbeit seiner Kommission. Der Leidensdruck auf die Gemeindeordnung von Opfikon war zwar nicht sehr gross. Trotzdem war der Zeitpunkt gut, den in den letzten Jahren veränderten Voraussetzungen Rechnung zu tragen. Das Verfahren mit einer Kerngruppe (unter Beizug betroffener Interessengruppen) und der Spezialkommission hat sich sehr bewährt. Die Grundphilosophie "Verkleinern, Flexibler, höhere Kompetenzen" spiegelt sich auch in den Kernaussagen, welche als klares Gerüst die Vorgaben definierten. Mit der heutigen Vorlage liegt eine zeitgemässe Verfassung vor, welche ein schnelleres und effizienteres Handeln möglich machen wird. Werner Erni beantragt Eintreten auf die Detailverhandlungen.

Kommissionsmitglied Daniel Trachsler ergänzt, dass nach dieser Arbeit, welche über ein Jahr dauerte, keine innovative Lösung vorliegt. Diese Chance wurde verpasst. Es liegt jedoch eine pragmatisch ausgearbeitete Gemeindeordnung vor, welche breit getragen wird. Auch die NIO ist für Eintreten.

Stadtpräsident Jürg Leuenberger stellt H.R. Thalmann vor, welcher als Experte die Entstehung dieser Gemeindeordnung begleitete. Jürg Leuenberger fragt den Gemeinderat an, ob H.R. Thalmann ebenfalls vor dem Rat sprechen dürfe (wird stattgegeben). Für Jürg Leuenberger liegt ein gutes Produkt vor, welches den demokratischen Kompromiss als Merkmal aufweist. Es waren Zugeständnisse von allen Seiten nötig und er hofft, dass dies jetzt zum Tragen kommt. Er dankt allen Beteiligten für den guten Prozessverlauf.

Als Sprecherin der SP-Fraktion zeigt Luzia Höchli (auch Mitglied der Spezialkommission) keine grosse Begeisterung für das Produkt, welches in 21 Sitzungen entstanden ist. Der Verfassung wurde nur ein neues Kleid gegeben, wesentliche Verbesserungen fehlen ihr. Trotzdem ist auch sie für Eintreten.

Im Namen der EVP/GV-Fraktion äussert sich Barbara Staeger. Ihre Fraktion war nach dem Definieren der Kernaussätze für einen Abbruch der Arbeit. Je länger jedoch am Produkt gearbeitet wurde, ist die Einsicht gewachsen, dass es kluge Kompromisse braucht, welche ein Branchenwachstum zulassen. Sie ist heute überzeugt, dass ein positives Produkt vorliegt. Auch sie plädiert für Eintreten.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Für Andreas Gadmer (FDP-Fraktion) und Leo Wehrli (SVP-Fraktion) war die Verwirklichung der Kernsätze ein Grundanliegen. Sie ermöglichen auch eine Flexibilisierung der Verwaltung. Beide Fraktionen sind für Eintreten.

Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Die folgende Debatte wurde wie folgt aufgeteilt:

- Grösse des Gemeinderates
- Rolle des Schulpräsidenten
- Finanzkompetenzen des Stadtrates
- Finanzkompetenzen des Gemeinderates
- Finanzkompetenzen des Volkes
- danach die restlichen Artikel von 1 bis 73. Ausgenommen die Artikel 64-69 über die bürgerlichen Angelegenheiten, welche im bürgerlichen Gemeinderat heute beschlossen wurden.

Die Zusammenfassung für das Protokoll erfolgt - wegen der Übersichtlichkeit - chronologisch von Artikel 1 bis Artikel 73. Auf eine detaillierte Zusammenfassung der zum Teil langen und ausgiebigen Diskussionen wird verzichtet.

Art. 1 bis Art. 5

Es findet keine Diskussion statt.

Art. 6

Mit grossem Mehr wird folgender Ergänzung des Artikels zugestimmt: **"Die ausserordentlichen Verfahren werden bei den Wahlen des Stadtrates nicht angewendet."**

Art. 7

Es findet keine Diskussion statt.

Art. 8

Aufgrund der gefällten Entscheide bei den Finanzkompetenzen des Stadtrates und des Gemeinderates, sind die offenen Formulierungen bereits geklärt:

2. neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben über Fr. 300'000.--
4. finanzielle Beteiligungen an Unternehmen Dritter einschliesslich Zweckverbände und Unternehmen im alleinigen Besitze der Stadt über Fr. 3'000'000.--



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Art. 9 bis Art. 19

Es finden keine Diskussionen statt.

Art. 20

Werner Erni (Kommissionspräsident), Stadtpräsident Jürg Leuenberger, Bruno Maurer (SVP) und Valentin Perego (FDP), setzen sich für eine Mitgliederzahl von 30 ein. Argumente:

- genügt für eine gute Durchmischung
- schlanker, schneller, günstiger
- besserer Einsatz der Ressourcen
- grössere Herausforderung für den Einzelnen, weniger Möglichkeiten des "Mitfahren ohne Einsatz".

Daniel Trachsler (Kommissions-Minderheit), Luzia Höchli (SP), Jörg Mäder (NIO), Christiana Brenk (NIO), Priska Brühlhart (NIO), Barbara Staeger (GV) und Koni Fiechter (EVP) kämpfen für den Beibehalt von 36 Gemeinderatssitzen. Argumente:

- übermässige Belastung des Einzelnen
- ungleich höhere Belastung kleinerer Parteien und Fraktionen
- kleinerer Chancen für eine Vertretung Minderheiten
- keine wesentliche Straffung oder Einsparung bei 30 Mitgliedern
- eingeschränkter Kandidatinnen- und Kandidatenkreis durch zu hohe Belastung oder fehlendes Entgegenkommen der Arbeitgeber
- Machtkonzentration

In der Abstimmung wird mit 17 : 16 Stimmen einem Gemeinderat mit 36 Sitzen zugestimmt.

Art. 21 bis 34

Es findet keine Diskussion statt.

Art. 35

Die Ziffern 1, 2 und 4 sind unbestritten.

Die Ziffern 5 und 6 wurden durch die Entscheide bei Art. 44 bereinigt.

Ziffer 3:

Mit 17 : 13 Stimmen wird die Finanzkompetenz des Gemeinderates in diesem Bereich von Fr. 50'000.- bis Fr. 300'000.- festgelegt.

Ziffer 7:

Der Antrag von Luzia Höchli (Kommissionsminderheit), die Finanzkompetenzen des Gemeinderates bei Landgeschäften auf Fr. 7.5 Mio. zu beschränken, wird mit 22 : 10 Stimmen abgelehnt. Die obere Grenze wird somit auf Fr. 10 Mio. festgelegt.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Der letzte Satz wird wie folgt korrigiert: "Die für die Rechnungsprüfung zuständige Kommission kann dem Stadtrat beantragen, eine professionelle Revisionsstelle für ihre Aufgaben beizuziehen."

Art. 36

Die Ziffern 1-10 sind unbestritten.

Es liegen insgesamt 4 Anträge für eine allfällige Ziffer 11 vor:

1. **Spezialkommission:**
"Beitritt zu und Austritt aus Aktiengesellschaften, Zweckverbänden und Vereinen, bei denen die Stadt finanziell beteiligt oder anteilmässig betroffen ist."
2. **Antrag Stadtrat:**
"Absatz 11 grundsätzlich streichen"
3. **Eventualantrag Stadtrat:**
"Beteiligung an Aktiengesellschaften oder Beitritt zu und Austritt aus Vereinen, bei denen die Stadt finanzielle Risiken mitträgt."
4. **Antrag Andreas Gadmer (FDP):**
"Beitritt zu und Austritt aus Zweckverbänden und Vereinen, bei denen die Stadt finanziell beteiligt oder anteilmässig betroffen ist."

Die Abstimmungen zeigen folgende Resultate:

Der Eventualantrag des Stadtrates setzt sich mit 18 : 14 gegen den Antrag von Andreas Gadmer durch.

Der Eventualantrag des Stadtrates setzt sich mit 17 : 15 gegen den Antrag der Spezialkommission durch.

Der Ablehnungsantrag des Stadtrates unterliegt dem Eventualantrag des Stadtrates mit 12 : 19 Stimmen. Somit hat sich der oben formulierte Antrag 3 durchgesetzt.

Art. 37

Werner Erni (Kommissionspräsident), Stadtpräsident Jürg Leuenberger, Stadtrat Walter Fehr, Andreas Gadmer (FDP), Daniel Trachsler (NIO) und Barbara Staeger (GV), setzen sich für die Integration des Schulpräsidenten in den Stadtrat ein. Argumente:

- grösster Teilbetrieb der Stadt gehört in den Stadtrat integriert
- mehr als nur Akten hin und her schieben
- Integration der Schule in Gesamtpolitik
- administrative Unterstützung durch schlagkräftiges Schulsekretariat
- Delegationsmöglichkeiten wahrnehmen (Politik: Stadtrat; Strategie und Betreuung: Schulpflege; Administration: Schulsekretariat)
- Nutzung von Synergien
- Aufwand des Amtes zeitgemäss entschädigen



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Luzia Höchli (SP/Kommissionsminderheit) und Schulpräsident Markus Mendelin kämpfen für einen Schulpräsidenten ausserhalb des Stadtrates. Argumente:

- viel zu grosse Belastung für ein zusammengelegtes Amt
- unmögliches Amt für Personen im Erwerbsleben, dadurch starke Einschränkung des Kandidatinnen- und Kandidatenkreises
- Terminkonflikte
- Konflikt mit Schulpflege und Lehrerschaft, welche einen unabhängigen Schulpräsidenten wünschen
- Identifikationskonflikt: Schulpräsident gehört in die Schule, nicht in die Stadt
- organisatorische Exotenlösung, kaum eine Gemeinde hat diese Ämter vereint
- Geschichte zeigt, dass die heutige Lösung gut ist

In der Abstimmung wird der Integration des Schulpräsidenten in den Stadtrat mit 29 : 4 Stimmen bestätigt.

Art. 38

Die Ziffern 1-7 und 9+10 sind unbestritten.

Ziffer 8:

Die Wahrnehmung der Standortinteressen.

Der Antrag der Spezialkommission diese Ziffer zu streichen, wird mit 29 : 2 Stimmen verworfen.

Art. 39 - 40

Es findet keine Diskussion statt.

Art. 41

Auf Anregen von H.R. Thalman wird das Wort "Einsprachen" wie folgt ersetzt: "Begehren um Überprüfung von...."

Es findet keine weitere Diskussion statt.

Art. 42

Der Artikel 42 wird gegen den Antrag des Stadtrates um zwei Absätze erweitert.

"Sämtliche vom Stadtrat gewählten Delegierte oder Verwaltungsräte sind mit dem Ausscheiden aus dem Stadtrat in diesen Funktionen eingestellt. Der Stadtrat bestimmt eine Nachfolge aus seiner Mitte. Übergangszeiten bis 6 Monate sind möglich."



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Dieser Absatz wird mit 32 : 1 Stimmen unterstützt.

"Die Verwaltungsratsantien sind der Stadtkasse abzuliefern "

Dieser Absatz wird mit 28 : 3 Stimmen unterstützt.

Art. 43

Es findet keine Diskussion statt.

Art. 44

Ziffer 1: unbestritten.

Ziffer 2a:

neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben bis Fr. 30'000.-- *je Sachgeschäft*

Der Antrag der Spezialkommission diese Ziffer zu streichen wird mit 23 : 9 Stimmen abgelehnt.

Berichtigungen (Schreibfehler Kanzlei):

2b "neue, einmalige Ausgaben bis Fr. 400'000.-- *je Sachgeschäft*"

"gemäss lit. a) Fr. 100'000.-- und

gemäss lit. b) Fr. 500'000.-- pro Jahr, so sind vom Gemeinderat Nachtragskredite einzuholen."

Ziffer 3:

"Gebundene Ausgaben im Sinne von Gesetzgebung und Rechtsprechung. Über solche Ausgabenbeschlüsse ist der Gemeinderat zu orientieren."

Der Antrag der Spezialkommission, den zweiten Satz zu streichen und den ersten Satz wie folgt zu ergänzen: "... soweit sie im Voranschlag eingestellt sind", wird mit 20 : 9 Stimmen abgelehnt.

Ziffer 4 bis 8:

Diese Ziffern sind unbestritten.

Der Antrag des Stadtrates, nach Ziffer 5 folgende Ziffer einzufügen: "Finanzielle Beteiligung an Unternehmen Dritter mit gemeinnützigen Zwecken bis Fr. 150'000.--" wird mit 24 : 8 stimmen abgelehnt.

Art. 45 bis Art. 49

Es findet keine Diskussion statt.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Art. 50

Der Antrag der Spezialkommission im zweiten Absatz den Bereich a) "neue, jährlich wiederkehrende Ausgaben, allg. Fr. 10'000.-- je Sachgeschäft, pro Jahr maximal Fr. 25'000.--; Schulpflege und Werkkommission bis Fr. 15'000 -- je Sachgeschäft, pro Jahr maximal Fr. 50'000.--" zu streichen, wird mit 23 : 5 Stimmen abgelehnt.

Der Streichungsantrag der Spezialkommission für den letzten Satz entfällt somit.

Art. 51 bis Art. 73

Art. 64 bis Art. 69 fallen in den Kompetenzbereich des bürgerlichen Gemeinderates. Dieser hat bereits über die Formulierung befunden.

Es findet keine Diskussion statt.

Schlussabstimmung

Werner Erni, Präsident der Spezialkommission, stellt folgenden Schlussantrag:

1. *Die totalrevidierte Gemeindeordnung wird mit den heute beschlossenen Änderungen genehmigt.*
2. *Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, diesen Beschluss auf Beginn der Amtsdauer 2002/2006 der Gemeindebehörden in Kraft zu setzen.*
3. *Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum und der Genehmigung durch den Regierungsrat.*

Dieser Schlussantrag wird mit 31 : 2 Stimmen unterstützt.

Ratspräsidentin Pia Bättig bedankt sich beim Präsident der Spezialkommission und den Mitgliedern dieser Kommission für die ausführliche und gute Bearbeitung dieses Geschäftes. Mit diesem Beschluss wird die Spezialkommission aufgelöst.



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

8. Gemeindeorganisation - Totalrevision der Gemeindeordnung

V 4.C

Der Gemeinderat

- gestützt auf § 10 Zif. 1 und § 51 Zif. 6 der Gemeindeordnung sowie aufgrund der Anträge des Stadtrates vom 25. Januar 2000 und der Spezialkommission Gemeindeordnung vom 16. Juni 2000 -

BESCHLIESST:

1. Die totalrevidierte Gemeindeordnung wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt und ermächtigt, diesen Beschluss auf Beginn der Amtsdauer 2002/2006 der Gemeindebehörden in Kraft zu setzen.
3. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum und der Genehmigung durch den Regierungsrat.
4. Mit Verdankung der geleisteten Arbeit wird die Spezialkommission Gemeindeordnung aufgelöst.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - Schulpflege
 - Stadträtinnen und Stadträte
 - Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter
 - Substitut



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Pia Bätting macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 6. Juli 2000

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:



R. Würsch



SITZUNG VOM

3. Juli 2000

Protokoll geprüft:

Datum:

Die Präsidentin:

Bath

12. Juli 2000

Der 1. Vizepräsident:

[Signature]

10. Juli 2000

Der 2. Vizepräsident:

P. Rivallo

10.7.00

